

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Miriam Gruß, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Schulen für Schüler mit Migrationshintergrund**

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hielt am 10. Februar 2008 eine Rede vor 16 000 Türken und türkischstämmigen Deutschen in Köln, die ein großes mediales und politisches Echo auslöste. Recep Tayyip Erdogan forderte die in Deutschland lebenden Türken zum Erlernen der deutschen Sprache auf. Gleichzeitig forderte Recep Tayyip Erdogan eigenständige türkische Bildungseinrichtungen in Deutschland. Des Weiteren forderte der türkische Ministerpräsident die Gründung türkischsprachiger Gymnasien und Universitäten sowie die Entsendung türkischsprachiger Lehrer an deutsche Schulen. Ziel der Politik muss es sein, Abkapselung nicht zuzulassen, sondern Integration zu fördern, dazu ist das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung.

Die kontroverse öffentliche Debatte zeigt, dass in Deutschland bereits zahlreiche vergleichbare Bildungseinrichtungen mit unterschiedlicher sprachlicher Ausrichtung existieren, deren Bekanntheitsgrad allerdings marginal ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche speziellen Nachteile haben junge Bürger mit Migrationshintergrund im bestehenden Bildungssystem, und was tut die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern, um diese zu beheben?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Vorschläge von Ministerpräsident Tayyip Erdogan zur Schaffung von türkischsprachigen Schulen und Universitäten in Deutschland?
3. Welche Vor- und Nachteile im Zusammenhang mit der Integration der türkischstämmigen Migrationsbevölkerung sieht die Bundesregierung durch die potentielle Gründung derartiger Einrichtungen?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit der heute bestehenden vergleichbaren Bildungseinrichtungen?
5. Auf welche Art und Weise unterstützen diese schon existierenden Angebote die Integration?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung Erkenntnisse, nach denen Schüler, die ihre Familiensprache beherrschen, das Deutsche besser erlernen können?
7. Inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass im Fall von erheblichen Sprachdefiziten (auch der Familiensprache) das Erlernen der deutschen Sprache Vorrang haben muss?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung beim geplanten Kita-Ausbau, gezielt die Belange des Erlernens der deutschen Sprache zu berücksichtigen, und welche Gespräche werden hierüber mit den Ländern geführt?
9. Wie unterscheidet sich die Forderung des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung nach einer „größeren Zahl von Migrantinnen und Migranten in der Lehrerschaft sowie eine verstärkte Fortbildung und interkulturelle Schulung von Erziehern und Lehrern“ von der Forderung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nach mehr Lehrern aus der Türkei?
10. Inwiefern lässt sich die Lehrerausbildung der Türkei mit der Lehrerausbildung in Deutschland vergleichen?
11. Inwiefern werden die Abschlüsse der in der Türkei ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer durch die Bundesländer anerkannt?
12. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um mit einem ausländischen Abschluss an einer staatlichen Schule in Deutschland unterrichten zu können?  
Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um mit einem ausländischen Abschluss an einer oben beschriebenen Schule mit überwiegenden Unterricht in einer Fremdsprache unterrichten zu können?
13. Wie bewertet die Bundesregierung den von Italien mit 3,6 Mio. Euro geförderten Nachhilfeunterricht für oftmals in Deutschland bereits eingebürgerte Kinder italienischer Abstammung durch italienische Lehrerinnen und Lehrer (Berliner Zeitung, 12. Februar 2008)?  
Wie sind die Erfahrungen mit diesem Unterricht unter Integrationsgesichtspunkten?
14. Welche anderen Staaten unterhalten in Deutschland Hilfsangebote im Bildungssektor für spezielle ethnische Gruppen (siehe Frage 13), und welchen Umfang haben diese Programme?
15. Welche Bildungseinrichtungen gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland, deren Unterrichtssprache (außerhalb des Fremdsprachenunterrichts) überwiegend eine Fremdsprache ist bzw. die überwiegend Schüler mit einem bestimmten Migrationshintergrund ansprechen (bitte tabellarische Auflistung nach Bundesland, Stadt, Sprach- bzw. Religionsschwerpunkt, Grundschule/Schulform/Internat/Universität, überwiegende Unterrichtssprache – bitte vermerken, wenn es eine ausschließliche Unterrichtssprache gibt –, Anteil der muttersprachlichen Lehrer, wie wird der Lehrplan bestimmt, erlangter Abschluss, staatliche bzw. private Trägerschaft, Finanzierung)?

Berlin, den 20. Februar 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**